

Kaan Cevahir

Musik als Bekenntnis: Zur politischen Kraft von Kultur

in: Kultur interdisziplinär – eine Kategorie in der Diskussion, hrsg. von Martin Spetsmann-Kunkel, Aachen 2019, S. 145-161.

Abstract

Musiken entstehen und entfalten sich stets im Rahmen politischer, gesellschaftlicher und kultureller Strukturen, die wiederum – in einander verschränkt – interagieren. Insofern ist jede Form künstlerischer Darstellung einschließlich das Bedürfnis künstlerischen Ausdrucks stets verortet in einem wechselwirkenden Dreiecksverhältnis von Politik-Kultur-Gesellschaft wie auch umgekehrt Künste in sich dasselbe Verhältnis reflektieren, darauf reagieren, gar das Potential haben, dieses zu verändern. Konklusiv verweisen Musiken über ihre eigenen musikalischen (Kompositions-)Prinzipien hinaus immer auch auf Außermusikalisches: auf kulturästhetische Ansprüche, (Un-)Konventionen, soziale Bedingungen und die politische Situation. Gerade dadurch offenbaren Musiken die Wirklichkeiten ihrer Zeit und machen das Verhältnis von Politik-Kultur-Gesellschaft sowohl sichtbar als auch hörbar – in einer Deutlichkeit, die geradezu fordert, den Zusammenhang von Musik und Politik schärfer zu fokussieren, ja den Kulturbegriff mit soziologischen, musik- und politikwissenschaftlichen Ansätzen zu durchdringen.

Der vorliegende Beitrag bewegt sich entlang aktueller Debatten in der Kultursoziologie und Kontroversen um den Kulturbegriff, diskutiert sie allerdings ausgehend von der Überzeugung einer politischen Kraft von Kultur. Dabei ist Kultur weder als eine in sich geschlossene, unzugängliche Sphäre jenseits des Handelns noch als ein (un-)bestimmter Überbegriff zu verstehen. Kultur zeigt sich immer in Interaktion mit Politik und Gesellschaft.

Im Zentrum steht die Frage, inwiefern Musik – als kulturelle Erscheinung – ein Bekenntnis ist respektive fordert oder: lässt Musik – diesmal als entschiedener Geschmack – sich zwangsläufig und konfliktfrei einordnen in politisch-kulturell-soziale Verhältnisse? Beide Fragen, die gewiss ineinanderfließen, provozieren die These, dass eine entschiedene kulturelle Zugehörigkeit zugleich eine politische Haltung vertritt, gar die politische Kraft von Kultur ein politisches Bekenntnis in und durch Musik dechiffriert. Ausgehend von einem Kulturbegriff, der Kultur und Politik miteinander verschränkt, werden im Ausblick drei Bedingungen für die

Arbeit mit Musik im Rahmen kulturenübergreifender und integrativer Kulturprojekte aufgestellt, die durchaus als Forderungen verstanden werden dürfen, da sie – gerade im Hinblick auf die aktuell umstrittene Integrations- und Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik – unterschiedliche Kulturen „miteinander“ (!), auf Augenhöhe (!) und ohne Wertung (!) zu verbinden versteht.

„Politik ist immer auch Kulturpolitik, denn Politik beeinflusst die Bedingungen des Lebens und Handelns des Menschen“, wie auch umgekehrt „wirkt jede Änderung der kulturellen Befindlichkeit früher oder später auf die Politik ein“, so von Weizsäcker (1987). Sein Kultur- und Politikverständnis – und dies aus der Sicht eines Politikers (!) – fußt auf der Überzeugung kultur-politischer Wechselwirkungen. Auch Willy Brandt, der die Kulturvermittlung als „Dritte Säule der Außenpolitik“ – neben der Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik – aufstellte, wusste von der kulturellen Bedeutung und Gewichtung (außen-)politischer Beziehungen.¹ Die Beziehung zwischen Politischem und Kulturellem zeigt sich – wenn auch nicht immer eindeutig erkennbar und zu determinieren – in dem Zusammen- respektive Entgegenwirken beider Kräfte. Kulturen und Politik(-en) sind in ihren Wechselbeziehungen untrennbar, ihre Interaktionen resultieren aus diskontinuierlichen Wandlungsprozessen, die wiederum aus und in der Zeit selbst generiert werden.

Das Verhältnis von Kultur und Politik lässt sich – je nachdem, zu welchem Pinsel man greift und durch welche Brille man schaut – unterschiedlich darstellen. Dies gilt nicht nur für das Verhältnis von Kultur und Politik, sondern für den Kulturbegriff überhaupt. Unstrittig ist, dass Kultur als Begriff sich längst in der Alltags- und Umgangssprache – und darüber hinaus – als ein selten reflektiertes Wort festgesetzt hat. Zumal Kultur als Begriff – häufig unsensibel und selten nachvollziehbar – als ein Bindestrichwort in unterschiedlichste Komposita hineingezwängt, gar lediglich als veredelndes Konnotationsanhängsel gebraucht wird. Dies ist sicherlich zum einen auf eine mangelnde Sensibilisierung für unterschiedliche Kulturen und Kulturverständnisse zurückzuführen, zum anderen auf die vermeintliche Unbestimmtheit des Kulturbegriffs. Aktuelle Debatten in den Wissenschaftsdisziplinen stellen sich weiterhin den

¹ In den 1960er und 70er Jahren investierte das Auswärtige Amt zweitweise ein Drittel seines Etats in die Kulturarbeit.

Herausforderungen, den Kulturbegriff sowohl terminologisch als auch theoretisch zu verschärfen. Ob mit einem soziologischen, anthropologischen, religiösen Pinsel gemalt, oder durch eine wirtschaftliche, psychologische, ethnologische Brille geschaut – die in älteren und aktuellen Debatten vertretenen Ansätze und Positionen zum Kulturbegriff legen nahe, sich der wissenschaftlichen und multiperspektiven Auseinandersetzung mit Kulturen interdisziplinär zu nähern, wobei stets von einem wertfreien Plural (Kulturen!) ausgegangen werden muss. Die auf diese Weise gewonnenen, sich nicht immer aufeinander beziehenden Erkenntnisse mögen sich gegenseitig bekräftigen, oder widersprechen. In jedem Fall leistet dieser interdisziplinäre Ansatz einen wesentlichen Beitrag auch zum Verhältnis von Kultur und Politik – nicht mit paradigmatischem, sondern exemplarischem Anspruch. Eine vermeintliche Bezugslosigkeit zwischen Kultur und Politik, gar eine Trennung – wie von Weizsäcker sie beispielsweise in Zeitungen bemerkt (von Weizsäcker 1987, 23f.)² – ist ein Irrtum, eine Illusion, die umso schärfer in Erscheinung tritt, wenn Politik ein Absolutheitsanspruch erhebt oder Kultur zur politischen Neutralität verpflichtet wird. Umso rudimentärer erscheint das Kompositum „Kulturpolitik“, das heute vorwiegend und vermeintlich den politischen Verantwortungs- und Aufgabenbereich eingrenzt, selten aber unterschiedliche Kulturverständnisse (Interkulturalität!) berücksichtigt, geschweige denn einen Diskurs zu Denselben zulässt – dies ist nicht allgemeingültig, aber eine dekadente Tendenz im Umgang mit unterschiedlichen Kulturen seitens (kultur)politischer Entscheidungsträger_innen. Ganz im Sinne einer Einführung, werden zunächst die sich aktuell um den Kulturbegriff ringenden und für diesen Beitrag besonders relevanten Kontroversen in aller Kürze skizziert, um den Eindruck einer unkritischen Haltung zur Definition „Kultur“ zu vermeiden einerseits, und nochmals auf die Aktualität kulturbezogener Diskussionen hinzuweisen andererseits: besonders im Hinblick auf die heutige Kultursoziologie (und Soziologie von Kulturen).

² Weizsäcker resigniert, dass er sich über einen geistvollen politischen Kommentar im Feuilleton freuen würde, aber umso mehr darüber, wenn auf der ersten Seite einer Zeitung anstelle politischer Berichterstattung beispielsweise eine überzeugende Analyse über die ganz unersetzliche Aufgabe der Musik im Leben der Kinder treten würde.